

Bezugspreis
Der Jahrgang kostet bei postmässiger
Lieferung 1,20 Mk., einschließlich
5,00 Mk. durch den Post 3,25 Mk.
ausw. Abbestellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Verlags-
stellen ausgenommen.
mittels Postanweisung oder
Geldsendung einbezogen.
1912 ausserordentlich eingehende Manuskripte
werden hieraus übernommen.
Nachdruck aus dem Verlagsvertrage
Geldsendung
Verlagsvertrage der Schriftleitung Nr. 1130
der Verlagsanstalt Nr. 1130
der Verlagsanstalt Nr. 1130
Verlagsanstalt Nr. 1130

Morgen-Ausgabe.

Saale-Beitung.

Fünfundzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden bei der Redaktion des Saale-Beitung
über dem Haupt-Postamt Nr. 1130, Saale,
und bei allen Verlagsstellen an-
genommen. Reklamen der Zeit-
schriften der Verlagsanstalt vom
1. März, in der Sonntagsausgabe
abends 6 Uhr. - Abbestellungen von
Verlagsanzeigen, soweit solche möglich
sind, müssen schriftlich erfolgen.
Ercheitert täglich einmal.
Sonntags und Feiertagen einmal.
Schriftleitung und Haupt-Postamt
Nr. 1130, Saale, G. Straubachstr. 11.
Verlagsanstalt Nr. 1130.

Nr. 113. Halle, Mittwoch, den 8. März 1916.

Ein deutsches Ultimatum an Portugal?

Der Abbruch der deutsch-portugiesischen Beziehungen unvermeidlich. Wort der Deutschen aus Portugal.

T. U. Buzareff, 7. März. Eine anderweitig nicht be-
stätigte Depesche aus Lissabon meldet, dass ein
Ultimatum an Portugal gestellt ist mit der Aufforderung,
dass in 48 Stunden die bisfolgenden Schiffe frei-
gegeben.

c. B. Kopenhagen, 7. März.

Aus Lissabon melden Pariser Blätter: Die portu-
giesische Regierung hat Deutschland am 7. März mitgeteilt,
dass die Beschlagnahme der deutschen Schiffe in den portugiesischen
Gewässern aufrechterhalten wird. Unter diesen Um-
ständen und angesichts des Loms in der letzten Note Deutsch-
lands muss die Abberufung des deutschen Bots-
chafters in Lissabon als unmittelbar bevor-
stehend betrachtet werden. Ein Abbruch der diplo-
matischen Verbindung wäre gleichbedeutend mit dem
Kriegszustand zwischen Deutschland und
Portugal, das in seinen verschiedenen Kolonialgebieten sich
gegen Deutschland auf dem Kriegsfuss befindet.

c. B. Berlin, 7. März. Wie der „Tempo“ nach einer
Drohmedung des „Berliner Tagebl.“ aus Lissabon meldet,
bleibt das Parlament bis zum 13. März vertagt. Seit der
Beschlagnahme der deutschen Schiffe wurden von den
Marinebehörden besondere Vorkehrungen getroffen.
Alle Schiffe, die am Tage einfahren, werden einer strengen
Untersuchung unterzogen. In der Nacht ist die Einmündung
in den Hafen überhaupt verboten.

T. U. Madrid, 7. März. (Kontin. 3g.) Zahlreiche
Deutsche kommen über Babujon nach Spanien, nachdem sie
ihre Besitztümer in Portugal erledigt hatten. Sie erklären,
andere würden folgen, da portugiesische Feindseligkeiten den
Ausbruch der portugiesischen Revolutionen zu verhindern
wäre. Der deutsche Konsul in Lissabon meldete, dass
600 deutsche Matrosen und Offiziere
wurden nach der Beschlagnahme der Dampfer für die Ver-
dichtung der portugiesischen Regierung in Lissabon
einquartiert.

Der Luftkrieg.

Die Größe der deutschen Luftflotte.

c. R. Berlin, 7. März. Die „D. Z.“ schreibt: Aus der
Mitteilung eines neutralen Piloten haben wir erfahren,
dass die deutsche Luftflotte über mehr als 100 Einheiten ver-
fügt, wobei die Pariser Luftschiffe gar nicht mitgerechnet sind.

Zeppelinangriff bei Schneewetter.

c. B. Rotterdam, 7. März.

In England herrscht Ueberzeugung darüber, dass der
letzte Zeppelinangriff bei ungenügender Witterung - es war
Schneewetter - erfolgte. Bisher war man in dem festen
Glauben, dass ein Angriff bei schlechtem Wetter gegen Luftschiffe
Die Zeitung „Star“ betont, diese Annahme könne also nicht
mehr aufrechterhalten werden.

Amerikanische Riesenpetition gegen die Waffenexporte.

c. B. Amsterdam, 7. März.

Die tendenziöse Weise, in der Reuters fortwährend die
Zahlen in seinen Telegrammen entstellt, finden im Saager
„Newspaper“ folgende Beurteilung: „Wir haben nun
gehört, dass der amerikanische Senator Kenyon (Republi-
kaner) eine Petition unterzeichnet hat, wonach das Verbot
der Ausfuhr von Waffen aus den Vereinigten
Staaten verlängert wird. Ein derartiges Verbot würde
die kriegerische Partei, welche die Waffen aus Amerika
besieht, im höchsten Grade unangenehm sein. Und das ist
wohl der Grund, weshalb Reuters es für nötig befunden hat,
von dieser Riesenpetition nichts mitzu-
teilen. Denn nicht weniger als 1 038 897 Unter-
schrieben besitzen diese Petition. Die Senatoren von
Iowa und Wisconsin und etwa neun andere Senatoren
drängen, wie aus den jetzt hier eingetroffenen amerikanischen
Blättern hervorgeht, darauf, dass dieses Verbot
erlassen würde. Das Reuters, die offizielle Agentur des Landes,
das mit dem Ocean aus die transatlantischen Kabel be-
herst, das neutrale Europa vollständig in Unkenntnis über
diese Dinge lässt, ist ein fester Beweis dafür, wie partiell
wir hier über die Stimmung in Amerika unterrichtet werden,
und es ist ein neuer Grund für die Annahme, dass Amerika
genau so zum Narren gehalten wird über das, was in Europa
geschieht.“

Ämtliche Meldung der Heeresleitung.

(Wiederholt. Bereits in einem Teil der gestrigen Abendausgabe enthalten.)

Dorf Fresnes erstürmt.

WTB. Großes Hauptquartier, 7. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Aleine englische Abteilungen, die gestern nach starker
Feuerbereitung bis in unsere Gräben nordöstlich von
Bermelles vorgedrungen waren, wurden mit dem Beson-
nen zurückgeworfen.

In der Champagne wurde in überraschendem An-
griff östlich von Meissons die Champagne unsere Stel-
lung zurückgewonnen. In der sich die Franzosen am
11. Februar festgesetzt hatten. Zwei Offiziere, 150 Mann
wurden dabei gefangen genommen.

In den Argonnen haben wir nordöstlich von La
Chalade im Anschlag an eine größere Sprengung unsere
Stellung etwas vor.

Im Massgebiet setzte das Artilleriefuer westlich
des Flusses auf. Ostlich davon hielt es sich auf mittlerer
Stärke. Abgesehen von Zufammenstößen von Gefüchtungs-
truppen mit dem Feinde kam es zu Nahkämpfen nicht.

In der Woerthe wurde heute früh das Dorf Fresnes
mit hülfender Hand genommen. In einzelnen Häusern am
Westrande des Dries halten sich die Franzosen noch. Sie
kämpfen über 300 Gefangene ein.

Eines unserer Luftschiffe belegte nachts die Bahnanlagen
von Bar-le-Duc ausgiebig mit Bomben.

Deftlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im Allgemeinen unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

(Wiederholt. Bereits im größten Teil unserer gestrigen
Abendausgabe enthalten.)

Österreichische Erfolge in Ostgalizien.

WTB. Wien, 7. März.

Ämtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Bei Karpilowa waren Abteilungen der Armee
des Generalobersten Erzherzog Joseph Ferdinand
den Feind aus einer Besatzung und legten sich darin fest.
Nordwestlich von Zarnopol vertrieb ein öster-
reichisch-ungarisches Streifkommando die Russen aus einem
1000 Meter langen Graben. Die feindliche Stellung wurde
angegriffen. Obwohl in dieser Gegend es auch am Dniester
und an der bestarabischen Grenze war gestern die Geisheit
läufigkeit beiderseits reger.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Lage unverändert; keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,
v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Der Geburtenrückgang.

Man schreibt uns:
Die statistischen, bevölkerungs- und sozialpolitischen Er-
örterungen über den Geburtenrückgang wollen seit Jahren
nicht zur Ruhe kommen, wie man eben jetzt gesehen hat, auch
nicht während des Krieges. Sa, die Volksoberminder-
ung, die der Krieg herbeiführt, hat die große Frage erst
recht dringend und brennend werden lassen. Von 1913 bis
Mitte 1915 waren nach einer Zusammenstellung, die das
„Deutsche Statistische Zentralblatt“ über die literarische Pro-
duktion auf diesem Gebiete veröffentlichte, mehr als 600
selbständige Schriften zur Frage des Geburtenrückganges er-
schienen, und dabei sind nur diejenigen Arbeiten aufgeführt,
die von statistischen Unterlagen ausgingen, auch diese
wahrheitlich nicht einmal vollständig. Nun hat in vorer-
wähntem das Preussische Abgeordnetenhaus zwei Tage lang
erföhr, wie man gegeben und, außerordentlich bedeutend-
sächlich, wenn auch begründeterweise ohne sonderlich prak-
tisches Ergebnis, über den Geburtenrückgang verhandelt.
Der Ministerialrat, Geheimrat Obermedizinalrat Dr.
Krohne, hat dabei Offener mitgeteilt, die in dem hohen Maße
anscheinend geradezu Entsetzen hervorriefen. Ganz abgesehen

daron, daß die parlamentarischen Verhandlungen gerade in
den jetzigen Kriegsläufen nur geteilte Aufmerksamkeit und
nur schwachen Widerhall zu finden pflegen, sind es gerade
jene Zahlen, die zu einer Nachprüfung und damit zu einer
kritischen Untersuchung des ganzen Problems drängen.

Geheimrat Krohne unterließ sich zunächst die selbstverständ-
liche Feststellung, daß ein Volk, das nicht absterben wollte,
wachsen müsse. Die Bevölkerung Deutschlands ist nun seit
1870, wo die 40 Millionen betrug, auf rund 67 Millionen im
Jahre 1913 gestiegen (im Frankreich ist von 1870 bis 1911
die Bevölkerung nur um eine Million gewachsen und seit
dem letztgenannten Jahre hat Frankreich überhaupt keinen
Geburtenüberschuss, sondern eine Abnahme seiner Volkszahl
zu verzeichnen). Seit einer Reihe von Jahren hat nun aber
bei uns ein Rückgang unserer Geburtenziffer eingeleitet,
der seit etwa 15 Jahren einen bedenklich raschen Verlauf nimmt.
Der Regierungsvertreter erklärte uns, daß, während 1876
in Deutschland auf 1000 Einwohner 40,9 Lebendgeburteten
kamen, das Verhältnis im Jahrzehnt 1881/90 nur noch 36,1,
1900 nur noch 35,6 und 1913 gar nur noch 27,5 betragen habe.
Jetzt würden bei uns jährlich 500 000 Kinder weniger ge-
boren, als wenn wir wenigstens die gegen 1876 bereits fest
gestandene Geburtenziffer von 1900 beibehalten hätten.
Wäre das der Fall gewesen, so könnten wir heute 2 1/2 Mill.
Einwohner mehr haben, als wir tatsächlich haben. In
seinem anderen Lande der Welt, wo verlässlich Geheimrat
Krohne, sei seit 1900 ein so rasch verlaufender Geburten-
rückgang zu erkennen wie in Deutschland, und die Lage wäre
noch schlimmer und bedenklicher, hätte sich nicht in den letzten
Jahren auch unsere Sterblichkeitsziffer entsprechend ver-
ringert.

In seiner Rede hat Geheimrat Krohne auch die Ur-
sachen des auffallenden Geburtenrückganges zu erklären
versucht. Eine Abnahme der Geburtenzifferungen beruht
auf dem Grund sein; zwar habe die Zahl der Geburten in
den letzten Jahren prozentual nur einen geringen Bruchteil
abgenommen, ihre absolute Ziffer sei andauernd ge-
stiegen. Auch die Abnahme der Geburtenziffer der Frauen
oder eine Degeneration der Männer sei ausgeschlossen; schon
die hervorragenden Leitungen unseres Volkes während des
jetzigen Krieges sprachen gegen eine Massenverleugung.
So bleibt nur die Annahme, daß der Geburtenrückgang auf
eine gewollte Einschränkung der Kinderzeugung zurück-
zuführen ist. Auch dafür müssen natürlich Gründe vorhanden
sein. Gründe wirtschaftlicher Art läßt der Regie-
rungsvertreter nicht gelten; zwar seien die Preise aller
Lebensmittel und aller Lebensbedürfnisse in den letzten zehn
Jahren gewaltig gestiegen, aber auch der Wohlstand und die
Lebenshaltung hätten in allen Bevölkerungsschichten damit
keinen Gehalt, so daß, bis zum Ausbruch des Krieges
wenigstens, die Gesundheitsverhältnisse durchaus mangellos
eben, oder vielleicht noch besser als früher, in der Lage ge-
wesen sei, die gleiche Anzahl von Kindern aufzuziehen wie
vor 30 Jahren. Geheimrat Krohne sieht also die Ursachen
des „unreinerlichen“ Erscheinens unseres Volkslebens“ darin,
daß sich in weiten Kreisen hinsichtlich der Begriffe Ehe und
Kinderlegen eine bedenkliche Umwertung vollzogen habe,
daß der zunehmende Wohlstand, die Gewöhnung an Luxus
und entbehrlichen Genüssen eine wachsende Bewusstheit
und eine Scheu vor der Uebernahme ernster Pflichten er-
zeugt haben, daß weite Kreise geneigt seien, Kindererwerb
als unnütze Last zu empfinden.

Bevor man in eine Untersuchung der Mittel eintritt,
die zur Bekämpfung des Geburtenrückganges notwendig
zu werden pflegen und auch im Preussischen Abgeordneten-
haus jetzt wieder von allen Seiten empfohlen worden sind,
wird es, wie gesagt, nötig sein, jene statistischen Unterlagen
nachzuprüfen. Nun hat, wenige Tage vor den Abgeordneten-
hausverhandlungen, eine hervorragende Autorität auf
statistischem Gebiete, der Direktor des Königlich Sächsischen
Statistischen Landesamts Geheimrat Dr. C. Würzburg, in
Dresden („Soziale Praxis“ Nr. 21 vom 24. Februar), dar-
auf hingewiesen, wie die meisten Klagen über den Geburten-
rückgang von falschen Voraussetzungen und falschen
Unterlagen ausgehen könnten. Würzburg erklärt es
für unbedenklich, die heutigen Zahlen mit denen von 1870
zu vergleichen, weil man dabei die nach dem Friedenschluß
von 1871 entfallende Soziale Lage von Eheverhältnissen und
insolange auch von Geburten mit dem normalen Zustand
vermeßliche und inselndegebenen notgedrungen den natürlichen
Rückgang zu normalen Verhältnissen bereits als eine er-
wartliche Abnahme ansehen genieset sei. In Wahrheit sei
die Zahl der lebendgeborenen Kinder auf 1000 Einwohner
im Jahre 1901 noch genau so groß gewesen wie 1882, ja, der
Prozentfuß sei sogar ziemlich genau derselbe, wie er schon
1862 war. Nur so ist auch die bis dahin beifolgende Ver-
mehrung unserer Bevölkerung zu erklären. Die
zur Lebensdauererwartung also im Verhältnis zu Geburten-
rückgang nicht vor; der ganze Rückgang unserer Sterblichkeits-
ziffer konnte der Bevölkerungszunahme zugute kommen. Der
Rückgang der Sterblichkeitsziffern aber wiederum konnte
sich nicht in die Urursachen fortsetzen, weil die weniger er-
folgreichen Sterblichkeit alterer Personen doch nur aufgehoben,
nicht aufgehoben würden. Die Befestigung der relativen
Bevölkerungszunahme war also eine voraussehende, ganz
natürliche Erscheinung. Trotzdem Rest auch heute



Vom Balkan.

Immer neue Verstärkungen für Saloniki.
A. B. Genf, 7. März. Wie der 'Nouvelles' aus Athen berichtet, verstärken die Hellenen die Besatzung ihrer Stellungen am Saloniki. Zahlreiche Truppen werden geschickt. Man erwartet nunmehr in Saloniki das Eintreffen der serbischen Truppen aus Korfu.

Griechenland.

Griechisch-französisches Übereinkommen.

Von der Schweizer Grenze meldet die 'Frankf. Ztg.': Der 'Paris' kündigt an, daß zwischen der griechischen Regierung und dem französischen Armeekommando in Saloniki ein Übereinkommen getroffen wurde, nach dem die Überwachung der Eisenbahn von Saloniki nach Monastir gemeinschaftlich übertragen wird. Das Abkommen wurde während der letzten Reise des Generals Sarraff nach Athen vereinbart.

Kein Wechsel im Kabinett Skuludis.

WTB. Amsterdam, 7. März. Wie ein hiesiges Blatt aus London erfährt, meldet der 'Times'-Korrespondent seinem Blatt, daß alle Regierungszeitungen die Gerüchte von einem bevorstehenden Wechsel im Kabinett Skuludis in Abrede stellen. Es weisen darauf hin, daß so etwas unmöglich sei, solange der Zustand am Balkan derselbe bleibe wie bisher und die Beziehungen zu der Entente normale seien. Um die ungeheuren Kosten der Mobilisierung zu vermindern, habe die Regierung beschlossen, noch zwei Reserve-Jahrgänge von Heer und Flotte nach Hause zu schicken. Die bulgarische Regierung habe für die Grenzangriffe vollständige Genugtuung angeboten und sich erdrosselt gemacht, eine Untersuchung einzuleiten, um die Schuldigen zu bestrafen.

Der 'Engel' Benizelos.

T. U. Athen, 7. März. Benizelos' Blatt 'Paris' erachtet es für angemessen, sich entschieden gegen die Behauptung zu wenden, daß Benizelos gegen den König sei. Benizelos begnügt sich damit, Bulgarien vom Angriff gegen Saloniki zurückzuführen zu haben. (1) Er sei der Meinung, daß der 'Arbeits' Griechenlands griechischen Boden nicht überlassen darf.

Niederbandtschindliche Kundgebungen in Griechenland.

T. U. Athen, 7. März. Die Arbeiterorganisation in Athen hielt eine große Protestversammlung gegen die Teuerung ab, auf denen die Entente, die aus eigenem Interesse Griechenland auszunutzen, heftig angegriffen wurde. Nach der Versammlung erschien eine Deputation der Arbeiter, die König Konstantin und dem Ministerratspräsidenten und überreichte eine Denkschrift, die die auf den Versammlungen gefaßten Beschlüsse enthält.

Griechische Ohnmacht.

A. B. Wien, 7. März. Aus Athen wird berichtet: Vor dem Staatsgerichtshof in Saloniki fand ein Prozeß gegen die Direktoren zweier viererbandtschindlicher Saloniki-Blätter statt, darunter auch gegen den Direktor des in französischer Sprache erscheinenden Blattes 'Opinion'. Robin Erde waren angeklagt, falsche Nachrichten über einen angeblichen Einbruch bulgarischer Verbände nach griechischen Gebieten verbreitet zu haben, neu der als Zeuge vernommene Leiter des griechischen Pressevereins behauptete, daß diese Nachrichten vollständig erdichtet seien, ferner, daß deren Veröffentlichung einem Entium des viererbandtschindlichen Prozeßes, der jedesmal falsche Nachrichten in Umlauf setzen lasse, wenn er beachtliche, dadurch eine neue Affäre gegen die Rechte Griechenlands zu unternehmen. Das Kommando der viererbandtschindlichen Truppen in Saloniki ließ durch die Generalen des viererbandtschindlichen in Athen bei der griechischen Regierung wegen dieser Verletzung Genugtuung verlangen. Nach diesem mußte die griechische Regierung die Rollen be. Nach diesem mußte die griechische Regierung die Rollen be-

Unser Konsul immer noch in französischer Haft.

A. B. Genf, 7. März. Die Blätter melden aus Paris: Der in Saloniki verhaftete deutsche Konsul wird auf Befehl der französischen Regierung noch in Saloniki zurückgehalten. Die Genehmigung zur Freilassung Frankreich nach Deutschland über die Schweiz wurde nur den übrigen Konsulatspersonen erteilt.

Serbien, Rumänien, Montenegro.

Serbische Truppen für Frankreich?

T. U. Genf, 7. März. Aus Athen wird gemeldet: Von den in Korfu verammelten Heeren des serbischen Heeres wurden 15 000 Mann nach Marseille abtransportiert.

Serbisch-rumänische Verhandlungen.

A. B. Wien, 7. März. Das 'Neue Wiener Tagblatt' berichtet aus Bukarest: Der Sonderdelegierte der Korfioten serbischen Regierung, Satonic, ist in Bukarest eingetroffen, um mit der rumänischen Regierung zu verhandeln. Er wurde von Satanic bereits mehrmals empfangen. Bei diesen Beratungen war auch der russische Gesandte in Bukarest zugegen. Ueber den Inhalt der Unterhandlungen ist nichts in die Öffentlichkeit gedrungen.

Jilpescu bewahrt Stillschweigen.

A. B. Wien, 7. März. Nach einer Drahtung des 'Neuen Wiener Journals' aus Bukarest hat nach dort eingetroffenen Petersburger Meldungen Jilpescu sich gegenüber russischen Journalisten politische Unterredungen zu gewähren. Er erklärte, es sei strafbar und unklug, sich heute über die Politik Rumäniens zu äußern, weil dadurch die gegenwärtige Lage Rumäniens nur verwirrt werden könnte.

Die montenegrinische Herzogfamilie in Bosnaweg.

WTB. Breslau, 6. März. ('Agence Havas'). Die montenegrinische Herzogfamilie wird am Mittwoch in Bosnaweg antommen.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Dampferunglück.

WTB. London, 6. März. 'Londons' meldet aus Santos: Der spanische Dampfer 'Principe de Asturias' ist gestern früh 3 Meilen östlich von der Insel San Sebastian auf einen Felsen gelaufen und binnen 5 Minuten gesunken. 86 Mann von der Besatzung und 57 Passagiere sind von dem französischen Dampfer 'Voga' nach Santos gebracht worden. 338 Passagiere und 107 Mann von der Besatzung werden vermisst. Der spanische Dampfer 'Principe de Saturni' befindet sich an der Unglücksstelle. Der 'Principe de Asturias' war auf der Fahrt nach Barcelona nach Santos Aires und hatte Sa Palmas am 24. Februar verlassen.

Ein innigeres russisch-japanisches Bündnis.

WTB. Berlin, 6. März. In verschiedenen Morgenblättern findet sich die Meldung aus Tokio, der Kaiser habe die höchsten Würdenträger in einer längeren Audienz empfangen, deren Gegenstand geheim blieb. Aus mehreren Anzeichen läßt sie man, daß die Konferenz ein innigeres Bündnis mit Japan beschlossen habe.

Englische Postüberereien.

WTB. Bern, 7. März. (Schweizerische Depeschen-Agent.) Ueber die Selbstorganisation von Schweizerischen Postüberereien durch die Mittelschichten der freigeübten Staaten stellt das Schweizer Postdepartement fest, daß auch Postüberereien von neutralen Staaten an andere neutrale Staaten auf die Angehörigen des Postdienstes übertragen werden. Die Möglichkeit auf die Angehörigen der Postüberereien der Schweizerischen Amerika-Post über Frankreich und England werden nunmehr geschlossene Briefkästen nach Amerika über Deutschland und die Niederlande durch Vermittlung niederländischer Schiffe als gerichtet. Nach neuesten Nachrichten soll allerdings eine Durchsicht dieser Schiffe auf hoher See durch englische Schiffe stattfinden.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 7. März.

Am Ministertisch n. Schorlemer. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min. Die Gesetzentwürfe betreffend Abänderung und Ergänzung der Generalnovelation und betreffend Ergänzung des Knappschafts-Kriegsgesetzes werden in dritter Beratung ohne Debatte genehmigt.

Der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung, des Landes-Wasser-Amtes, der Domänenverwaltung und der Forstverwaltung werden in der Besprechung verbunden.

Abg. Hoff (Kont.) berichtet über die Kommissionsverhandlungen betreffend die Landwirtschaftsverwaltung.

Abg. Bippmann (fortf.) berichtet über das Landes-Wasseramt und widmet dem gestlenen Präsidenten Engelhardt einen Nachruf.

Abg. Gröben (Kont.) berichtet über den Forstetat.

Abg. Stull (Zentr.): Grützel ist die wirksame Bekämpfung der durch den Russeneinfluss eingeschleppten Seuchen. Wir begrüßen den Fortschritt der Melioration.

Abg. Bruest (freisinn.): Die Forstakademie Minden sollte erhalten bleiben. Der Urlaub für landwirtschaftliche Arbeiter sollte entgegenkommen gehandhabt werden.

Minister Freiherr v. Schorlemer: Der Austausch der Meeresküste zwischen den Provinzen bei Beginn der Weidewirtschaft wird erfolgen. Ich bilde nicht die Einschränkung der veterinären Maßnahmen. Die Weidewirtschaft wird einen günstigeren Stand der Milch- und Butterfrage herbeiführen.

Abg. Hoff (fortf., Wp.): Ich warne vor der Verteuerung ausländischer Futtermittel durch die Zollherhöhung. Nach dem Kriege sind billige Futtermittel das Haupterfordernis für die Hebung der Viehzucht.

Abg. Hofer (Soz.): Die Domänen müssten möglichst aufgeteilt werden. Die Landarbeiter schmachten unter menschenwürdigen Ausnahmestellen.

Abg. Hoff (Soz.): Die Verteilung von Gefangenen muß die Landwirtschaft möglichst herbeiführt werden. Wenn die Entwertung landwirtschaftlicher Produkte nötig ist, widersprechen wir uns nicht. Die heutige Lage bedeutet für uns eine Existenzfrage und für England eine Finanzfrage. Wir müssen ihm die Zufuhr abseihen, damit dort aus der Finanzfrage eine Existenzfrage entsteht.

Minister Freiherr v. Schorlemer: Wir bedürfen des Vertrauens der Bevölkerung. Die Landwirtschaft tut alles, um den Krieg zu gewinnen.

Abg. Krüger (nfl.): Wir fordern den Ausbau der Landwirtschaftsschulen. Der Viehbestand muß schnellstens ergänzt werden.

Darauf wird die Debatte geschlossen.

Die vorgezogenen Etats werden mit den Anträgen und Resolutionen des Ausschusses angenommen.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag 11 Uhr statt. (Eisenbahntat.)

Deutsches Reich.

Der sächsische Minister des Innern über die Preissteigerung.

A. B. Dresden, 7. März. Eine wichtige Erklärung gab der Minister des Innern Graf Bismarck heute bei erneuter Beratung der Lebensmittelfrage in der sächsischen Zweiten Kammer ab. Er wies darauf hin, daß die Regierung sich bemühe, mit allen Mitteln der Lebensmittelknappheit und der dadurch hervorgerufenen Preissteigerung entgegenzuarbeiten. Leider habe die Entwertung der letzten Wochen gezeigt, daß die Verhältnisse, namentlich auf dem Gebiete der Preisbildung, sich als härter erwiesen, als die Wünsche und Hoffnungen der Regierung.

Eine Festsetzung der Preise unter a u s s e h l i e ß l i c h e r Berücksichtigung der Interessen der Verbraucher sei s c h w e r d e r b i n g s n i c h t m ö g l i c h, da dadurch die Einfuhr aus dem Auslande vermindert und der Anreiz zur Erzeugung im Inlande vermindert würde. Alles das würde nur dazu führen, daß das Volk zwar billige Preise, aber keine Ware hätte. Dies gelte insbesondere von den Kartoffelpreisen. Die Preissteigerung, die am 15. d. M. eintrete, gehöre zweifellos zu den bedauerlichsten Erscheinungen.

Welche Gründe hierzu geführt haben, könne er nicht angeben. Die Preise seien nicht vom Bundesrat, sondern vom Reichstag auf Grund einer Ermächtigung des Bundesrates festgelegt worden. Er sei daher nicht in der Lage, diese Preise hier zu rechtfertigen. Es hätten die sächsische Regierung überträgt. Es müßte jedoch angenommen werden, daß sehr schwerwiegende Gründe vorlägen für die Preissteigerung gesprochen hätten. Es müßte zu prüfen, ob und in welchem Umfang bei dieser Sachlage durch staatliche Maßnahmen eine Erleichterung des auf die minderbemittelten Bevölkerung liegenden Druckes herbeigeführt werden könne. Die Regierung habe beschlossene, monatlich 1/2 Million den Gemeinden des Landes zur Verfügung zu stellen zur Bewilligung des Preises der wichtigsten Lebensmittel.

Im ganzen werde die Regierung jetzt monatlich 1 1/2 Millionen für Kriegszwecke auf, nicht eingerechnet die Unterstützung für den erwerbslos gewordenen Zeitlöhler. Die Regierung bleibe bemüht, selbst unter Aufwendung bedeutender Mittel Herz der Schwierigkeiten zu werden, die die ärmste Bevölkerung drücken. Es wies nicht, daß das Ziel erreicht werden würde unter Mitwirkung der Gemeinden.

Bayerns Viehtierzehungen.

WTB. Berlin, 7. März. Zu dem Verkehr mit Vieh im Bayern erfährt das WTB. folgendes: Die durchschnittliche Ausfuhr aus Bayern betrug vor dem Kriege im Monat 15 000 Stück Großvieh, im Dezember 1 145 20 000 Stück und im Januar 1916 ungefähr 40 000 Stück. Die Einfuhr von Vieh betrug vor dem Kriege 400 Stück im Monat; heute ist sie gleich Null. Die Einfuhr von Schweinen betrug vor dem Kriege eine Million Stück pro Jahr; heute ist sie gleich Null. Trotz dieses Ausfalls von einer Million Schweinen hat Bayern während des Krieges nach anderen Bundesstaaten Schweine geliefert und liefert an die Zentralstelle zur Beschaffung von Speeresverzehrung 24 000 Kinder. Zur Zeit gehen auch noch hunderte von Wagen mit Schmalz nach norddeutschen Städten und tausende von Zugochsen nach norddeutschen Gütern zur Arbeitsverwendung. Der Bedarf an Butter beträgt in Bayern 3 Kilogramm pro Jahr und pro Kopf der Bevölkerung. In Norddeutschland dagegen 15 Kilogramm pro Jahr und Kopf der Bevölkerung.

Ausland.

Die Neutralitätspolitik des Schweiz. Bundesrats

WTB. Bern, 7. März. Gestern nachmittag begannen die Verhandlungen im Nationalrat über die Neutralitätspolitik des Bundesrats. Präsident Eugster sagte unter lebhaftem Beifall, daß angesichts der Lage der Schweiz und der Möglichkeit vermehrter Kriegsgefahr die Schweiz nicht länger schweigen dürfe, sich wieder in voller Tätigkeit zu setzen und Arbeit des Bundesrats volle Anerkennung und wandle sich gegen die Angriffe auf die obersten Leiter der Armee, deren Tätigkeit außer allem Zweifel liege. Der Präsident wandte sich dann an die welfen Abgeordneten, denen er versicherte, daß die deutsche Schweiz niemals davon denke, die welfen Eigenart zu verdrängen. Deutsch-Schweizer und Westschweizer müßten sich wiederfinden im gegenseitigen Vertrauen.

Es erler Redner sprach der Vertreter der Spahschaffhauser, der seine Zustimmung zu dem Vorgehen des Bundesrats in der Debatte Angelegenheit erklärte. In Bezug auf die wirtschaftliche Lage der Schweiz sagte er, daß die Neutralität in wirtschaftlicher Beziehung durch das Hintertreiben der Schweiz in den Weltkriegsfrage von den Kriegsführenden verkehrt worden sei.

Als Kommissionsberichterstatter in französischer Sprache ergriff Secretan das Wort, der u a m dem Laupanner Wortfall mit der deutschen Neutralitätspolitik als einen dummen Streich halbwürdiger Jungen bezeichnet und feststellte, daß in der französischen Schweiz kein Hag gegen irgend eine Nation in Europa vorhanden sei. Wahr sei, daß die welfen Empathien für Frankreich hätten. Darü begrüßten sie auch und billigten sie die Empathien der deutschen Schweiz für Deutschland. Die Oberlin-Abgeordnete hätte administrativ ergrübt werden sollen. Die Freiheit des Generalstabes ergrübt v. Bernage schmehte der Redner als gefährlich ab. Zum Schluß betonte Secretan, daß die welfen Schweizer keine Schwärze erheben wollten weder gegen den Bundesrat noch gegen die Armeeleitung und auch nicht gegen den Generalstab; sie verlangten nur die strikte Einhaltung der Neutralitätspolitik.

Hierauf wurde die Sitzung abgebrochen; die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Provinziallandtag für die Provinz Sachsen.

(4. Vollziehung.)

(Schluß.)

Merseburg, 7. März 1916.

Für die Anstaltskommission berichtet Abgeordneter Kuster über die Anstaltsfrage, betreffend Austausch von Grundstücken der Landesabteilung gegen solche der Zedlungsgehilfschaft Sackland. Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

In Namen der Haushaltskommission berichtet Abgeordneter Müller über die Errichtung einer Kriegshilfskasse.

der Provinz Sachsen. Hierauf beteiligt sich der Provinzialverband, was bereits gestern tut berichtet, mit einem Antrag von zwei Millionen. Dem Bericht entnehmen wir folgendes: Der Zweck einer Kriegshilfskasse ist, Handwerker, kleinen Gewerbetreibenden und Handwirten nach ihrer Rückkehr aus dem Kriegsdienst zur Erhaltung und Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit Kredit aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Da sich der Staat gleichfalls mit einem Betrag von zwei Millionen beteiligt, stehen also vier Millionen Mark zu Darlehen zu Verfügung. Hieraus können bei einer durchschnittlichen Höhe von 500 Mk. für jedes einzelne Darlehen 5000 Darlehen gegeben werden. Das dürfte genügen, wenn streng darauf gehalten wird, daß Darlehen nur dann gewährt werden, wenn Kredit anderweit nirgends zu beschaffen ist. Der Staat ist bereit, auf die Rückzahlung von 15 Proz.

